



## **Bericht und Beschlussempfehlung**

### **des Bildungsausschusses**

#### **Bewusstsein für die Bedeutung der Deutschen Einheit aufrechterhalten - Förderung der Grenzdokumentations-Stätte Lübeck-Schlutup**

Antrag der Fraktionen von CDU und PIRATEN  
Drucksache 18/3405 (neu)

Der Bildungsausschuss hat sich mit dem ihm durch Plenarauftrag vom 14. Oktober 2015 überwiesenen Antrag von CDU und PIRATEN am 26. November und 10. Dezember 2015 befasst.

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag in der nachstehenden Fassung anzunehmen:

„Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den Bedarf zum Erhalt der Grenzdokumentations-Stätte Lübeck-Schlutup zu ermitteln und in Zusammenarbeit mit dem Landesbeauftragten für politische Bildung ein Konzept vorzulegen, das darstellt, wie der Ort nachhaltig als Symbolstätte für die Kraft von Demokratie und Freiheit in Schleswig-Holstein abgesichert werden kann.“

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Enthaltung von CDU, FDP und PIRATEN empfiehlt der Ausschuss dem Landtag außerdem, den Antrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, Umdruck 18/5207, zu übernehmen und ihm zuzustimmen. Dieser lautet:

„Der Landtag wolle beschließen:

Die Erinnerung an die deutsche Teilung und an ihre Überwindung ist ein elementarer Bestandteil des geschichtlichen und politischen Bewusstseins in Deutschland; dies gilt in besonderem Maße für Schleswig-Holstein als Land an der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze.

25 Jahre nach der Herstellung der Deutschen Einheit ist gerade für die jüngere Generation, für die Teilung und Wiedervereinigung keine erlebte Geschichte mehr sind, dieses Geschichtsbewusstsein nicht mehr selbstverständlich.

Aus diesem Grund bittet der Landtag die Landesregierung, in Zusammenarbeit mit dem Landesbeauftragten für politische Bildung und unter Berücksichtigung der infrage kommenden Bildungs- und Erinnerungsstätten wie der Grenzdokumentations-Stätte Lübeck-Schlutup einen Vorschlag zu erarbeiten, wie die historische Erinnerungskultur zur Deutschen Einheit gefördert werden kann.

Dabei soll auch ein Konzept erarbeitet werden, in welcher Form, in welchem Umfang und an welchen Standorten zeitgeschichtliche Bildungsorte erhalten, ausgebaut oder neu eingerichtet werden können.“

Beate Raudies  
stellv. Vorsitzende